

Merkmale, Probleme und Perspektiven der chinesisch-deutschen Beziehungen

Pan Qichang

Seit Beginn der neunziger Jahre haben die Beziehungen zwischen Deutschland und der VR China von Jahr zu Jahr an Dynamik gewonnen, und es stellt sich die Frage, wie sie sich in Zukunft weiter entwickeln werden. Dieser Aufsatz wird versuchen, die bestehenden Probleme und die Aussichten der chinesisch-deutschen Beziehungen darzulegen.

I. Ein kurzer Rückblick auf die chinesisch-deutschen Beziehungen

Vor der Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 unterhielt China sowohl mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) als auch mit der Bundesrepublik Deutschland (BRD) diplomatische Beziehungen. Verfolgt man die Entwicklung der Beziehungen Chinas zu den beiden deutschen Staaten, so zeigt sich eine Kurve, deren Verlauf sich periodisch nach etwa je einem Jahrzehnt änderte.

Fast die ganzen fünfziger Jahre hindurch richtete sich die VR China in ihrer Außenpolitik nach dem sozialistischen Lager mit der Sowjetunion an der Spitze aus. Während China als Mitglied des sozialistischen Lagers enge brüderliche Bündnisbeziehungen mit der DDR pflegte, betrachtete es die zum anderen Lager gehörende Bundesrepublik als imperialistischen, militaristischen und revanchistischen Staat, gleichsam als "Helfershelfer" der USA. In jener Zeit bestimmte das Prinzip des Lagers oder das der Ideologie die Beziehungen zwischen China und den beiden deutschen Staaten, was Mao Zedong, Vorsitzender der Volksrepublik China, auf folgende Formel brachte: „Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen, alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen“. In der Praxis bedeutete dies, daß alle diplomatischen Handlungen Chinas gegenüber den beiden deutschen Staaten von der Identität des Lagers bzw. der Ideologie geleitet wurden.

An dieser Stelle scheint es aber notwendig darauf hinzuweisen, daß auch die Außenpolitik der Bundesrepublik an dem damals bestehenden Blocksystem orientiert war: Nachdem die Sowjetunion im Jahre 1955 mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte, erklärte sich die chinesische Regierung bereit, ihre Beziehungen zum westlichen Teil Deutschlands ebenfalls zu normalisieren. Diese Absichtserklärung Chinas wurde von der Adenauer-Regierung aber ignoriert, die sich gleich nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion zur Hallstein-Doktrin bekannte, wodurch eine Normalisierung der Beziehungen zu China unmöglich wurde.

In den sechziger Jahren verharrte die Kurve der Beziehungen Chinas zu den beiden deutschen Staaten in einem intermediären Zustand; China neigte sich in dieser Zeit

weder der DDR noch der Bundesrepublik zu. Die DDR, die der Sowjetunion unmittelbar Gefolgschaft leistete, wandte sich angesichts der Verschlechterung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion mehr und mehr von China ab und übte häufig scharfe Kritik an der Volksrepublik. Andererseits konnte auch in den Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik keine wesentliche Verbesserung eintreten, da letztere immer noch an der Hallstein-Doktrin festhielt. So scheiterten Verhandlungen, die die chinesische und die deutsche Regierung im Jahre 1964 in Bern über ein bilaterales Handelsabkommen führten, schließlich an der Frage der Berlin-Klausel.

Im Verlauf der siebziger Jahre veränderten sich die Beziehungen Chinas zu den beiden deutschen Staaten von Grund auf. So wurden einerseits die Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik im Oktober 1972 normalisiert, und deren bilaterales Verhältnis entwickelte sich von da an reibungslos, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet: 1972 betrug das Handelsvolumen zwischen China und der Bundesrepublik nur 275 Millionen US-Dollar; zehn Jahre später, im Jahre 1981, war es auf 2,34 Milliarden US-Dollar gestiegen. Zu jener Zeit sah China in dem westlichen Teil Deutschlands nicht nur einen wichtigen Wirtschafts- und Handelspartner, sondern auch ein innerhalb Europas bedeutendes Gegengewicht zur Sowjetunion. Im gleichen Zeitraum sanken andererseits die Beziehungen Chinas zur DDR infolge der verschärften Konfrontation zwischen Volksrepublik und Sowjetunion auf ihren Tiefpunkt. Ohne Zweifel war die DDR zudem verärgert über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Chinas zur Bundesrepublik: Kurz nach der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik warf die DDR-Regierung China vor, eine nationalistische und antisowjetische Außenpolitik zu verfolgen. Die Kurve der Beziehungen Chinas zu den beiden deutschen Staaten neigte sich in dieser Periode also im wesentlichen der Bundesrepublik zu.

In den achtziger Jahren schien diese Kurve zu beiden Seiten in gleichem Maße abzufallen. Die guten Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik entwickelten sich solide weiter, und gleichzeitig verbesserten sich schrittweise wieder die Beziehungen zwischen China und der DDR wegen der allmählichen Entspannung der sino-sowjetischen Beziehungen. Nur in der kurzen Zeit im Jahre 1989 und danach wandte sich die Kurve jäh von der Bundesrepublik ab und tendierte fast ganz zu der DDR.

Erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurden die Beziehungen zwischen China und Deutschland langsam wieder in das "rechte" Gleis gebracht. Die Wende setzte etwa Ende 1992 ein, als Bundesaußenminister Klaus Kinkel im November 1992 China besuchte und in Beijing die Aufhebung der deutschen China-Sanktionen ankündigte. Während dieses Besuches bestätigten beide Seiten die 1988 getroffene Vereinbarung, jedes Jahr eine bilaterale politische Konsultation auf Außenminister-Ebene einzuberufen. Mit dem Chinabesuch von Bundeskanzler Helmut Kohl im November 1993 erreichten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern einen neuen Höhepunkt: Der chinesische Ministerpräsident Li Peng zeigte sich bei seinem Zusammentreffen mit Kohl überzeugt, daß die Beziehungen zwischen China und Deutschland eine neue Qualität aufwiesen, und Bundeskanzler Kohl wertete seinen Besuch als einen Meilenstein auf dem Weg zur Entwicklung der wirtschaftlichen

und politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Zwei Jahre später, im November 1995, stattete Kohl der Volksrepublik erneut einen Staatsbesuch ab, und nur wenige Monate zuvor, im Juli 1995, hatte Jiang Zemin als erster chinesischer Staats- und Parteichef Deutschland besucht. Die chinesische Seite maß diesem Besuch Jangs historische Bedeutung für die Förderung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland bei. All dies legt die Einschätzung nahe, daß sich die chinesisch-deutschen Beziehungen in einer noch nie dagewesenen guten Periode befinden.

II. Die Merkmale der chinesisch-deutschen Beziehungen

Anhand der oben skizzierten Kurve der Beziehungen zwischen China und Deutschland lassen sich folgende fünf Merkmale erkennen:

Erstens standen die Beziehungen lange Zeit unter dem Einfluß des ideologischen Kampfes. Die Identität der Ideologie spielte dabei die entscheidende Rolle, besonders in den fünfziger Jahren.

Zweitens waren die Beziehungen durch Passivität gekennzeichnet, d.h. sie waren in starkem Maße und nicht selten entscheidend dem Verhältnis beider Staaten zu den USA bzw. zur Sowjetunion untergeordnet.

Wie oben bereits erwähnt, waren die Beziehungen der DDR zu China fast ganz von dem politischen Klima zwischen der Volksrepublik und der Sowjetunion abhängig. Obwohl China in den sechziger und siebziger Jahren von seiner Drei-Welten-Theorie ausgehend eine versöhnliche und moderate Haltung zu der ihr gegenüber oft kritisch auftretenden DDR einnahm, konnte sich die DDR doch niemals von dem Einfluß der Sowjetunion befreien und blieb während dieser Zeit bei ihrer unerbittlichen Haltung gegenüber China.

Was die Außenpolitik der Bundesrepublik anbelangt, so ließ sie sich in den fünfziger und sechziger Jahren im wesentlichen von den Vorstellungen der USA leiten. Nach dem Beginn der neuen Ostpolitik der Bundesregierung und der dadurch einsetzenden Entspannung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion seit Anfang der siebziger Jahre mußte die Bonner Regierung dann bei der Behandlung ihrer Beziehungen zu China immer auch die Stimmung der Sowjetunion im Auge behalten, um nicht durch eine allzu gute Verbindung zu China die Sowjetunion zu provozieren und zu beunruhigen. Willy Brandt wies darauf deutlich in seinem Buch *Begegnungen und Einsichten* hin; er bedauerte hier einerseits, „daß China von den früheren Bundesregierungen kaum zur Kenntnis genommen wurde und daß man sich mehr als notwendig den von Washington erteilten Richtlinien unterordnete“, meinte andererseits aber auch:

Ich hielt mich an die realistische Einsicht, daß die Sowjetunion für die Mitwirkung bei den uns aufgegebenen europäischen und deutschen Aufgaben nicht durch China ersetzt werden konnte.

In einem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Nixon im Frühjahr 1970 sagte Brandt, „wir dächten angesichts unserer Interessenlage nicht daran, der Sowjetunion den Eindruck zu vermitteln, wir wollten ihr auf dem Wege über Peking

Schwierigkeiten bereiten“.¹ Willy Brandts Bedenken mußten auch seinen Nachfolger im Bundeskanzleramt Helmut Schmidt beeinflussen. Dies zeigte sich, als Hua Guofeng, der damalige Parteivorsitzende der KP Chinas, 1979 die Bundesrepublik besuchte und die Bundesregierung sich ihm gegenüber äußerst zurückhielt und befürchtete, daß der chinesische Führer auf dem deutschen Boden antisowjetische Reden halten wollte.

Drittens gab es zwischen China und den beiden deutschen Staaten weder direkte Interessenkonflikte noch in der Vergangenheit begründet liegende Probleme. Dr. Sun Yatsen, der Vorkämpfer der bürgerlichen demokratischen Revolution Chinas, hatte schon Anfang dieses Jahrhunderts die Ansicht vertreten, daß Deutschland nach dem ersten Weltkrieg eine Großmacht war, auf deren Unterstützung China zählen konnte und von der es seines Erachtens nicht zu befürchten hatte, imperialistisch unterdrückt zu werden.² Da China von den beiden deutschen Staaten geographisch weit entfernt liegt, konnte es zwischen ihnen auch keine Grenzstreitigkeiten und unmittelbaren Widersprüche in bezug auf die beiderseitigen Sicherheitsinteressen geben. Als Entwicklungsland wandte sich China in der internationalen Politik hauptsächlich gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte Sowjetunion und USA. Gemäß der in den siebziger Jahren entworfenen Drei-Welten-Theorie sah China in den beiden deutschen Staaten konkrete oder potentielle Gegengewichte zu den beiden Supermächten. Daß keine direkten Interessenkonflikte zwischen China und den beiden deutschen Staaten bestanden, erklärt, warum sich die Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik reibungslos entwickeln konnten, sobald beide Staaten ihre Beziehungen normalisiert hatten, und warum sich die Beziehungen zwischen China und der DDR schnell zum Besseren wendeten, sobald das politische Klima zwischen China und der Sowjetunion auftaute.

Viertens hatten China und die beiden deutschen Staaten gemeinsame Wirtschafts- und Handelsinteressen. Sowohl für den östlichen als auch für den westlichen Teil Deutschlands war China ein attraktiver Markt sowie ein Lieferant billiger Arbeitskräfte, Materialien und Ressourcen, während die qualitativ hochwertigen Industriewaren und die moderne Wissenschaft und Technologie beider deutscher Staaten, insbesondere aber die der Bundesrepublik, in China hoch angesehen und beliebt waren. Diese gegenseitigen, sich in vielerlei Hinsicht ergänzenden Wirtschaftsinteressen verminderten in gewissem Maße auch die politische Distanz. So belebte sich beispielsweise bereits Mitte der fünfziger Jahre der inoffizielle Handel zwischen China und der Bundesrepublik, obwohl die beiden Länder in der damaligen Zeit ideologisch in einem unüberbrückbar scheinenden Gegensatz zueinander standen.

Was *fünftens* die Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik anbelangt, so gab es beständig eine Gemeinsamkeit, nämlich die gegenseitige Unterstützung

1 Willy Brandt: *Begegnungen und Einsichten*, Hoffman und Campe Verlag, Hamburg 1976, S.549, 550, 551.

2 Kirby (USA): *Die Regierung Tschang Kai-schek und Nazi-Deutschland*, Chinesischer Jugendverlag, 1994, S. 47.

der staatlichen Einheit. Die chinesischen Motive hierfür sind mit den folgenden drei Faktoren zu erklären:

- a. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde in den fünfziger Jahren auch von der DDR nachdrücklich gefordert, deshalb war die chinesische Unterstützung der deutschen Einheit in jener Zeit auch im Einklang mit dem Prinzip des Lagers.
- b. Seit den sechziger Jahren versuchte China, sich durch die Unterstützung der deutschen Einheit das Wohlwollen der Bundesrepublik zu sichern, um diese für den Kampf gegen die sowjetische Hegemonie zu gewinnen. Ein anschauliches Beispiel hierfür war die Äußerung des chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai, daß es - soweit er wußte - nur den Ort Königsberg gebe, nicht aber Kaliningrad.
- c. China selbst postulierte für sich die staatliche Einheit mit Taiwan, Hongkong und Macao und konnte sich mithin kaum gegen den Wiedervereinigungswunsch der Bundesrepublik stellen.

Die Bundesrepublik schätzte die kontinuierlich Unterstützung der deutschen Einheit durch China, insbesondere seit den siebziger Jahren, als ihre westlichen Verbündeten mehr oder weniger offenkundig von dem Wiedervereinigungspostulat Abstand nahmen, und die VR China begrüßte ihrerseits, daß die Bundesrepublik als einziges unter den wichtigsten westlichen Ländern Taiwan niemals diplomatische Anerkennung hatte zuteil werden lassen.

III. Der Zustand und die Probleme in den chinesisch-deutschen Beziehungen

Mit dem Ende des Kalten Krieges haben die ersten beiden Merkmale der chinesisch-deutschen Beziehungen ganz oder teilweise ihre Wirksamkeit verloren. In den Beziehungen zwischen China und dem vereinten Deutschland ist das Charakteristikum der Passivität heute nicht mehr festzustellen. Dafür stehen die drei anderen Merkmale vergleichsweise um so stärker hervor. Insbesondere die gegenseitigen, sich ergänzenden Wirtschaftsinteressen beider Länder sind seit Anfang der neunziger Jahre stärker geworden: Deutschland bemüht sich seit der Wiedervereinigung dringend darum, neue Märkte im Ausland zu erschließen, um so die durch die Einheit unerwartet aufgetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wirksamer zu überwinden. China seinerseits benötigt bei der Weiterführung der Reform- und Öffnungspolitik nach dem Geschehen auf dem Tiananmen-Platz am 4. Juni 1989 ausländische Investitionen und Technologie für seinen wirtschaftlichen Aufbau des sogenannten Sozialismus chinesischer Prägung. Ein weiteres Motiv Deutschlands für die Verbesserung seiner Beziehungen zu China ist der Wunsch nach einer ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der UNO, ein Wunsch, der von der Bundesregierung nach der deutschen Wiedervereinigung immer klarer und eindringlicher auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Um ihn zu verwirklichen, ist die Zustimmung der VR China, die in der UNO ein Vetorecht innehat, unentbehrlich.

Was den gegenwärtigen Zustand der chinesisch-deutschen Beziehungen angeht, so läßt sich festhalten, daß die intensive Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern

eine umfassende Erweiterung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet erfährt. Abgesehen von den oben genannten Besuchen der Spitzenpolitiker beider Länder findet diese Entwicklung auch ihren Niederschlag in den regen Kontakten auf regionaler Ebene. In den letzten Jahren gingen die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Bayern hier mit gutem Beispiel voran und auch Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz sowie Hamburg und Bremen entsandten einige Delegationen nach China. Mit chinesischen Provinzen und Städten wurden zahlreiche Verträge und Vereinbarungen unterzeichnet und Partnerschaften auf entsprechender Ebene ins Leben gerufen. Besonders erwähnenswert ist hierbei, daß die Hauptstädte der beiden Länder, Beijing und Berlin, im Frühjahr 1994 eine Partnerschaft schlossen.

Auch der kulturelle Austausch zwischen China und Deutschland entfaltet sich zu-ehends. Zur Zeit findet im Rahmen des von beiden Ländern im November 1993 unterzeichneten Vertrages ein allseitiger Kulturaustausch in den Bereichen Musik, Kunst, Literatur, Rundfunk, Fernsehen, Film und Sport statt.

Den wichtigsten Bestandteil der chinesisch-deutschen Beziehungen bilden jedoch die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen: Gab es beispielsweise im Jahre 1979, dem ersten Jahr der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik, nur zwei deutsche Firmen, die in China Vertretungen eingerichtet hatten, so ist diese Zahl heute schon auf etwa 400 gestiegen. Ende 1994 bestanden in der Volksrepublik 892 Unternehmen mit deutschen Direktinvestitionen. Die Investitionen deutscher Unternehmer in China nahmen insbesondere in den Jahren von 1992 bis 1994 enorm zu. Die Zahl der Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung überstieg 1993 die der vorherigen 12 Jahre, und die deutsche Investitionssumme in China entsprach 1994 fast der vertraglich vereinbarten Summe der vergangenen 13 Jahre. Deutschland ist heute Chinas größter Handelspartner innerhalb Europas und weltweit hinter Japan, Hongkong und den USA sein viertgrößter Handelspartner. 1994 betrug das bilaterale Handelsvolumen insgesamt 11,9 Milliarden US-Dollar, was mehr als ein Drittel des gesamten Handelsvolumens zwischen China und der Europäischen Union (31,5 Milliarden US-Dollar) ausmachte.

Trotz dieser glatten Entwicklung gibt es auch Probleme und Konflikte in den Beziehungen zwischen China und Deutschland, die sich hauptsächlich in folgenden Aspekten zeigen:

a. Auf *politischem* Gebiet gibt es hauptsächlich zwei Probleme, nämlich die Frage der Menschenrechte und die Taiwanpolitik.

Der Schutz der Menschenrechte ist ein Schwerpunkt deutscher Außenpolitik. Deutschland war eine der westlichen Staaten, die besonders heftig auf die Unterdrückung der Demonstrierenden durch die Armee am 4. Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz in Peking reagierten. Es war das letzte Land, das die Sanktionen gegenüber China aufhob, und die Bundesregierung kritisierte nach wie vor die Menschenrechtssituation in der VR China. Bei nahezu jedem Zusammentreffen der Staatsführer beider Länder überreicht die deutsche Seite der chinesischen Regierung eine Namensliste der in Haft stehenden chinesischen Dissidenten und fordert deren Freilassung. In dieser Frage steht die Bundesregierung im eigenen Lande auch von seiten der Opposition unter Druck, die der Bundesregierung vorwirft, Wirtschafts-

interessen gegenüber den Menschenrechten den Vorzug zu geben. Als der Bundeskanzler im November 1995 während seines 5. Chinabesuches eine Militäreinheit der Volksbefreiungsarmee besuchte, zog er in Deutschland sofort heftige Kritik auf sich. Die Regierung in Peking vertritt demgegenüber in der Menschenrechtsfrage eine andere Position. Ihrer Ansicht nach ist „die Menschenrechtsfrage einerseits international, aber sie fällt im großen und ganzen unter die Souveränität eines Landes“.³ Für China sei gegenwärtig das wichtigste Menschenrecht das Recht auf menschliche Existenz und Entwicklung. Ohne ausreichend Essen und Kleidung könne man nicht von Menschenrechten sprechen. Jedes Land habe seine eigenen konkreten Verhältnisse, und der Westen dürfe China nicht etwas aufzwingen, was derzeit den chinesischen Verhältnissen nicht entspreche.

Im Vergleich zu der Menschenrechtsfrage ist die Taiwanfrage eine noch schwierigere und empfindlichere, berührt sie doch direkt die deutschen Wirtschaftsinteressen sowie die chinesische staatliche Souveränität. Deutschland unterhielt und unterhält zwar keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan, verbindet aber mit der Insel wichtige Wirtschaftsinteressen, auf die zu verzichten es nicht gewillt ist. Deutschland ist heute hinter Japan und den USA der drittgrößte Lieferant Taiwans und hinter den USA, Hongkong und Japan der viertgrößte Absatzmarkt für taiwanische Produkte. China wendet sich nicht gegen die inoffiziellen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Taiwan und Deutschland, fürchtet aber doch, daß diese Beziehungen sich zu politischen ausweiten könnten. 1994 ernannte die deutsche Regierung ihren Botschafter in Sri Lanka Klaus Frank zum Leiter des deutschen Wirtschaftsbüros in Taipei. Dies war die erste Einsetzung eines deutschen Diplomaten als Leiter dieses Büros und rief in Beijing großen Unmut hervor.

Im Deutschen Bundestag gibt es eine aus etwa 150 Abgeordneten bestehende Pro-Taiwan-Gruppe, die u.a. Anträge für den Verkauf von U-Booten an Taiwan gestellt hat und die immer wieder auf die Bundesregierung Druck ausübt, die Beziehungen zu Taiwan zu vertiefen. Diese Parlamentariergruppe spielt gegenwärtig für die deutsche Chinapolitik zwar noch keine bedeutende Rolle, aber ihr möglicher Einfluß auf die Bundesregierung zieht die Aufmerksamkeit der chinesischen Führung auf sich.

In diesem Kontext der politischen Problemfelder sollte zudem erwähnt werden, daß Deutschland heute auch an der Sicherheitspolitik in Asien mehr und mehr Interesse zeigt. Angesichts des Aufstiegs Chinas sind einige seiner Nachbarländer, vor allem diejenigen, die mit der VR in Auseinandersetzungen über die Territoriumszugehörigkeit einiger Inseln im Südchinesischen Meer stehen, besorgt über die Modernisierung des chinesischen Verteidigungsapparates. Die asiatische Region gehört nicht zu dem originären sicherheitspolitischen Interessenbereich der Bundesrepublik, aber mit der Globalisierung der deutschen Außenpolitik und mit der zunehmenden außenpolitischen Verflechtung Deutschlands befaßt sich die Bundesregierung nunmehr intensiver als früher mit Sicherheitsfragen in anderen Kontinenten. Kürzlich äußerte Prof. Joachim Glaubitz, ein renommierter deutscher Chinaspezialist, in

3 Zitiert aus dem Gespräch von Zhu Muzhi, Präsident der chinesischen Menschenrechtsgesellschaft, mit dem Korrespondenten der *New York Times* in Beijing, in: *Beijing-Rundschau*, 1995, Nr. 50, S. 34.

einem Artikel die Meinung, daß „Chinas Anspruch auf das Südchinesische Meer und seine Konflikte mit den Anrainern ... weit über die Region hinaus“ gehe und „auch Europa“ betreffen werde, denn „das Südchinesische Meer ist einer der wichtigsten Seefahrtskorridore der Welt“ und „eine chinesische Kontrolle über dieses wichtige Seegebiet ist ein Sicherheitsproblem von überregionaler Bedeutung“.⁴ Sollte diese Meinung von der deutschen Bundesregierung geteilt werden, so würde dies bedeuten, daß China und Deutschland zukünftig auch in Sicherheitsfragen indirekte Berührungspunkte hätten.

b. Auf *wirtschaftlichem* Gebiet konzentrieren sich die Probleme hauptsächlich darauf, daß die deutschen Produkte zwar qualitativ hochwertig, aber doch zu teuer für China sind; die chinesischen Unternehmer scheuen oft vor dem hohen Preis zurück. Im Zuge der immer härter werdenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt scheint es nicht zu genügen, bei der Eroberung eines Marktes allein auf Qualität zu setzen. Die weitere Öffnung des chinesischen Marktes lockt immer mehr Händler und Geschäftsleute aus aller Welt an, so daß der Spielraum und die Auswahlmöglichkeiten Chinas bei seinem Handel mit dem Ausland größer werden. Beim letzten Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl im November 1995 konnten nur 12 Wirtschaftsverträge in der Höhe von 1,16 Milliarden DM abgeschlossen werden, ein Resultat, das weit hinter den Erwartungen der deutschen Unternehmer zurückblieb. Die deutsche Presse sprach von einem „wirtschaftlich mageren Ergebnis“ des Kanzler-Besuches und beklagte, daß die Chinesen „höflich, sparsam und überaus trickreich“ seien.⁵ Offenbar war sich die deutsche Presse darüber im Unklaren, daß dieses magere Ergebnis und die Verhandlungsposition Pekings im wesentlichen auf die Konkurrenz auf dem chinesischen Markt zurückzuführen sind.

In China bestehen für die deutschen Unternehmer nach wie vor Probleme der gesetzlichen Unvollkommenheit und der mangelhaften Infrastruktur sowie Probleme mit der chinesischen Bürokratie. Außerdem sind Qualität, Sortimente und Güteklasse der chinesischen Waren sowie der Service nach dem Verkauf wesentlich zu verbessern und nach den europäischen Normen auszurichten.

Was die deutsche Investitionstätigkeit in China betrifft, so ist die chinesische Regierung hiermit noch bei weitem nicht zufrieden, denn deutsche Investitionen machen derzeit nur rund 1% der gesamten ausländischen Investitionen in China aus. Ende 1994 betragen die vertraglich vereinbarten Direktinvestitionen deutscher Unternehmer in China 2,7 Milliarden US-Dollar, während sich die gesamten ausländischen Direktinvestitionen im gleichen Zeitraum auf 300 Milliarden US-Dollar beliefen. Im Vergleich zu anderen Ländern blieb Deutschland in dieser Hinsicht hinter den USA, Japan, Singapur, Südkorea und Großbritannien zurück, wenn man hier die Investitionen aus Hongkong, Macao und Taiwan ausschließt. Der chinesischen Einschätzung zufolge entspricht die heutige deutsche Investition in China damit nicht der Position Deutschlands als einer Weltwirtschaftsmacht.

c. Die gegenseitigen Kenntnisse zwischen China und Deutschland sind nicht ausreichend; zumindest entsprechen sie nicht dem Niveau und dem Bedarf der Ent-

4 Joachim Glaubitz: "Machtstreben in China", in: *Internationale Politik*, 1995, Nr. 5, S. 57.

5 Zitiert in: *Der Spiegel*, 1995, Nr. 47, S. 120.

wicklung der bilateralen Beziehungen. Die chinesisch-deutschen Beziehungen können zwar einige Jahrhunderte zurückverfolgt werden bis in die Zeit, in der die ersten deutschen Missionare nach China kamen. Aber aus geographischen, historischen, kulturellen und traditionellen Gründen scheinen die Verbindungen zwischen China und Deutschland im Vergleich zu denen der beiden Länder mit anderen wichtigen Staaten wie Großbritannien, Frankreich, USA, Rußland und Japan doch schwächer zu sein. So ist etwa festzustellen, daß Chinesen besser über Deutschland als Deutsche über China informiert sind. Die Hauptgründe liegen möglicherweise darin, daß China seiner räumlichen Ausdehnung nach viel größer als Deutschland ist, daß sich Chinesisch schwerer als Deutsch lernen läßt, und daß die Bundesrepublik als demokratisches Land seit jeher nach außen viel offener als China war, so daß mehr Chinesen nach Deutschland fahren und fast unbeschränkt über Deutschland forschen können als dies umgekehrt der Fall ist.

Diese mangelnden gegenseitigen Kenntnisse evozieren in gewissem Maße auch die psychologischen Hindernisse bei nicht wenigen deutschen Unternehmern, insbesondere bei den mittleren und kleinen, in China zu investieren. Sie gehen „wie Katzen um den heißen Brei herum“ und liebäugeln mit den großen Gewinnchancen des chinesischen Marktes, zögern aber aus Mangel an detaillierten Kenntnissen, weiter voranzuschreiten und ihr Kapital in China anzulegen.

IV. Die Perspektiven der chinesisch-deutschen Beziehungen

Die Perspektiven für die künftige Entwicklung der chinesisch-deutschen Beziehungen sind durchaus günstig, wofür im folgenden nur einige Ursachen dargelegt werden sollen.

Die oben genannte Komplementarität in der Wirtschaft der beiden Länder und die gegenseitigen Erfordernisse auf vielen Gebieten werden sich weiter fortsetzen und verstärken. China befindet sich heute auf dem unumkehrbaren Weg der Reform und Öffnung, der das Land unausweichlich zu einer immer engeren Verflechtung mit der internationalen Gemeinschaft führen wird. Deutschland, dessen gesamte Wirtschaftsstärke weltweit den dritten Platz und dessen Außenhandel den zweiten Platz im Welthandel einnimmt, wird hierbei als regionale Großmacht in Europa und führende Kraft in der EU unbedingt ein wichtiger Wirtschafts- und Handelspartner Chinas bleiben.

Die Bundesregierung sieht in China ebenfalls einen unentbehrlichen Partner, da ihrer Ansicht nach ohne dessen Mitwirkung globale Probleme nicht zu lösen sein werden. Im September 1993 veröffentlichte die deutsche Bundesregierung ihr auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl und Wirtschaftsminister Günter Rexrodt hin ausgearbeitetes Asien-Konzept, in dem China zweifelsohne einen wichtigen Schwerpunkt bildet, was sich auch an den beiden dicht aufeinander folgenden Chinabesuchen des Bundeskanzlers ablesen läßt. Trotz der mageren Wirtschaftsergebnisse zeigte sich Kohl doch mit diesen Besuchen zufrieden, da die Tür zum weltgrößten Markt jetzt weiter geöffnet sei.⁶

6 Zitiert in: *Berliner Zeitung*, 15.11.1995.

Deutschland sieht heute besonders dringlich die Notwendigkeit einer Globalisierung seiner Außenpolitik, wie der deutsche Bundespräsident Roman Herzog in seiner Rede anlässlich des Festaktes zum 40jährigen Bestehen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik erklärte:

In einer kleiner werdenden Welt, in der Chancen und Risiken sich gleichermaßen globalisieren können, wird auch die Globalisierung der deutschen Außenpolitik unvermeidlich sein.⁷

Im Zuge der außenpolitischen Globalisierung muß Deutschland sich um gute Kontakte und Beziehungen mit der aufsteigenden regionalen Großmacht China bemühen - einige prominente deutsche Politiker wie der ehemalige Bundeskanzlers Helmut Schmidt sehen in China gar „die dritte Weltmacht“.⁸

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich einige Gemeinsamkeiten zwischen China und Deutschland herauskristallisiert. So gehören beide zu den Ländern, deren internationale Position dadurch beträchtlich an Gewicht gewonnen hat, daß ihre Wirtschaftskraft und ihr politischer Einfluß gesteigert worden sind. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, daß beide Länder sich mit der Besorgnis ihrer Nachbarländer über diesen Aufstieg konfrontiert sehen. Vor diesem Hintergrund hegen China und Deutschland den gemeinsamen Wunsch, Stabilität, Sicherheit und Frieden in ihrer eigenen Region wie in der ganzen Welt aufrechtzuerhalten, und es ergibt sich für beide die Notwendigkeit, in internationalen Angelegenheiten noch enger zu kooperieren.

Im Gegensatz zu Japan, das seine die Schuld an den im zweiten Weltkrieg begangenen Aggressionen und Greueln gegen China und andere asiatische Länder bis heute immer wieder zu verbergen sucht, bekannten sich die deutschen führenden Politiker bei verschiedenen Anlässen aufrichtig zu ihrer Verantwortung für den von den Nationalsozialisten entfesselten Krieg und für die von jenen begangenen Greueln - eine Haltung, die China mit großer Zufriedenheit wahrnimmt. Die *Beijing Rundschau*, eine in verschiedenen Fremdsprachen herausgegebene chinesische Wochenzeitschrift, hat dazu einen Kommentar unter dem Titel „Unterschiedliche Haltung Japans und Deutschlands zu den Verbrechen im Zweiten Weltkrieg“ veröffentlicht, in dem es heißt:

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk gestehen nicht nur alle von den Nazis während des Zweiten Weltkrieges begangenen Verbrechen ein, sondern drücken zudem ehrlich ihr Bedauern aus und zahlen den Leidtragenden Schadensersatz. Dies zeigt den Mut einer Nation, die Verantwortung für die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu tragen. (...) Wie kommt das deutsche Volk zu einer so tiefen Einsicht? Das ist auf Erziehung, Propaganda und Rechtsordnung zurückzuführen.⁹

Gegenwärtig schenkt auch die Europäische Union der Entwicklung ihrer Beziehungen zu China große Beachtung. Am 5. Juli 1995 verabschiedete die Europäische Kommission ein Dokument mit dem Titel „Die langfristige Strategie für die euro-

7 Zitiert aus der Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog bei der DGAP zu deren 40. Jubiläum am 13. März 1995, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 15.3.1995.

8 Helmut Schmidt: *Menschen und Mächte*, Siedler Verlag, 1987, S. 341.

9 Zitiert in: *Beijing Rundschau*, 1995, Nr. 32, S. 4.

päisch-chinesischen Beziehungen“. In diesem Dokument wird eine ausführliche Strategie für die Entwicklung der Beziehungen der EU mit China im kommenden Jahrhundert dargelegt. Sie umfaßt die Förderung des politischen Dialogs, die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Intensivierung der allseitigen Kooperation und die Verbesserung des europäischen Images in China. Mit Blick auf die führende Rolle, die Deutschland in der EU spielt, ist anzunehmen, daß die Bundesrepublik einen bedeutenden Beitrag zu dieser EU-Strategie gegenüber China geleistet hat. Ferner besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß die chinesisch-deutschen Beziehungen zukünftig im Rahmen der Entwicklung der Beziehungen der EU zu China und in dem von der EU geschaffenen günstigen Klima wesentlich gestärkt und vertieft werden können.

Allerdings darf die Entwicklung der Beziehungen zwischen China und Deutschland nicht überschätzt werden. Nach dem Chinabesuch von Bundeskanzler Kohl im November 1993 sprachen manche Massenmedien in China wie auch in Deutschland davon, daß sich der Schwerpunkt der strategischen Außenpolitik Deutschlands nun „vom europäischen Kontinent auf den asiatisch-pazifischen Raum“ verlagere¹⁰ und daß China und Deutschland „eine besondere Beziehung zueinander“ hätten.¹¹ Solche Einschätzungen scheinen übertrieben, denn wie oben erwähnt gibt es zwar keine grundlegenden, direkten Interessenkonflikte zwischen China und Deutschland, weil die beiden Länder weit voneinander entfernt liegen, aber gerade infolge dieses geographischen Faktors fehlen zugleich auch die grundlegenden und unmittelbaren Interessen, die China und Deutschland fest miteinander verbinden könnten. Die chinesisch-deutschen Beziehungen können nicht zuletzt auch deshalb nicht mit denen zwischen Deutschland und den anderen europäischen Ländern bzw. den USA verglichen werden. Otto von Bismarck, ein großer deutscher Staatsmann, der im Jahre 1871 Deutschland vereinigte, sagte einmal treffend, daß die einzige Konstante die geographische Lage sei. Aufgrund der geographischen Lage wird der Schwerpunkt der deutschen Außenpolitik nach wie vor in Europa liegen, ebenso wie der Schwerpunkt der chinesischen Außenpolitik die asiatische Region bleiben wird. Es ist notwendig darauf hinzuweisen, daß Deutschland heute in China wie auch in anderen Ländern Asiens hauptsächlich wirtschaftliche Interessen verfolgt, was sich vermutlich auch in absehbarer Zukunft nicht ändern wird. Daß Deutschland jetzt seine Asienpolitik ausdrücklich akzentuiert, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Deutschland angesichts des asiatischen Aufstiegs zu der Einsicht gekommen ist, den ausgedehnten Markt in Asien bzw. China zu spät entdeckt, hier gleichsam Nachholbedarf zu haben.

Die Verfolgung der Wirtschaftsinteressen Deutschlands in China schließt aber nicht aus, daß auch die politische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern intensiviert werden wird.

10 *Guangming Ribao*, (Chinesische Zeitung), 25.11.1993.

11 *Handelsblatt*, 20.6.1994.